

## INHALT

Nr. 1	Beschuß vom 21. Mai 1957 (2 BvL 6/56). Umfang der Geltung des Grundgesetzes in und für Berlin. Derzeitige Unzuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts zur Entscheidung über die Vereinbarkeit von Berliner Gesetzen mit dem GG . . . . .	1
Nr. 2	Beschuß vom 28. Mai 1957 (1 BvR 199/57) Keine Überprüfung der Entscheidung des einen Senats des Bundesverfassungsgerichts durch den anderen Senat . . . . .	17
Nr. 3	Beschuß vom 28. Mai 1957 (2 BvO 5/56). Meinungsverschiedenheiten über die Fortgeltung von Recht als Bundesrecht. Abänderung von Reichsrecht i. S. des Art. 125 Nr. 2 GG. Bayer. Ärztegesetz vom 25. Mai 1946 . . . . .	18
Nr. 4	Beschuß vom 4. Juni 1957 (2 BvL 17, 16, 22, 29 und 39/56). Vereinbarkeit von Vorschriften des bayer. Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949 mit dem Bundesrecht. Regelung der Verjährung für Pressedelikte gehört zum Gebiet der „allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse“ i. S. des Art. 75 Nr. 2 GG . . . . .	29
Nr. 5	Beschuß vom 18. Juni 1957 (1 BvL 12/55). Keine Prüfung einer Norm durch das Bundesverfassungsgericht auf der Grundlage einer unrichtigen Auslegung der Norm durch das vorliegende Gericht . . . . .	45
Nr. 6	Beschuß vom 18. Juni 1957 (1 BvR 41/57). Rechtliches Gehör i. S. des Art. 103 Abs. 1 GG im Ehelichkeitsanfechtungsverfahren . . . . .	53
Nr. 7	Beschuß vom 26. Juni 1957 (2 BvO 1/56). Meinungsverschiedenheiten über die Fortgeltung von Recht als Bundesrecht. Bad. Landesgesetz über Kammern für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Dentisten vom 27. Mai 1949 . . . . .	59
Nr. 8	Beschuß vom 2. Juli 1957 (1 BvR 35/57). Begriff der öffentlichen Gewalt in § 90 Abs. 1 BVerfGG. VerfBeschw. der Kommunistischen Partei, Landesverband Saar gegen ein Schreiben des Bundesministers des Innern an den Minister des Innern des Saarlandes über Vollstreckungsmaßnahmen aus dem Urteil des BVerfG vom 17. August 1956 . . . . .	61
Nr. 9	Beschuß vom 3. Juli 1957 (2 BvR 9/56). VerfBeschw. gegen Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956. System der starren Liste. Grundsatz der unmittelbaren Wahl . . . . .	63
Nr. 10	Beschuß vom 3. Juli 1957 (1 BvR 270/53). Erstattung von Auslagen gem. § 34 Abs. 3 BVerfGG . . . . .	75
Nr. 11	Beschuß vom 9. Juli 1957 (2 BvL 30/56). Schleswig-Holsteinisches Gemeinde- und Kreiswahlgesetz vom 29. Januar 1955. Änderung der Reihenfolge des Nachrückens der Ersatzmänner durch die Parteien im Falle des Ausscheidens eines gewählten Vertreters. Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl . . . . .	77
Nr. 12	Beschuß vom 23. Juli 1957 (1 BvR 193/57). Aussetzung der Vollstreckung eines Auslieferungshaftbefehls durch einstweilige Anordnung . . . . .	86
Nr. 13	Beschuß vom 23. Juli 1957 (1 BvL 126/52). Keine Streitwertfestsetzung durch das BVerfG im Normenkontrollverfahren nach Art. 100 Abs. 1 GG . . . . .	87
Nr. 14	Beschuß vom 24. Juli 1957 (1 BvL 23/52). Hamburgisches Hundesteuergesetz vom 9. November 1950. Rückwirkung von Gesetzen. Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit . . . . .	89
Nr. 15	Beschuß vom 24. Juli 1957 (1 BvR 535/53). Grundsatz des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG) im Zivilprozeß . . . . .	95
Nr. 16	Beschuß vom 3. September 1957 (2 BvR 7/57). VerfBeschw. einer politischen Partei gegen die Verweigerung von Sende-	

ENTSCHEIDUNGEN  
DES  
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS



Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

7. Band · Lieferung 1



1958

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

gung willen abgewählt, also „benachteiligt“ werde; denn das Verbot von Differenzierung nach politischen Anschauungen gibt für den vorliegenden Tatbestand keinen Maßstab her. Wenn, wie hier, auch das aus unterschiedlicher politischer Überzeugung resultierende Mißtrauen des Dienstherrn in gedeihliche Zusammenarbeit mit einem Beamten das konstituierende Element des zu regelnden Lebenssachverhalts bildet, dann muß die politische Überzeugung notwendig eine entscheidende Rolle spielen (vgl. dazu BVerfGE 6, 389 [422 ff.]).

	zeiten für die Wahlpropaganda durch die Rundfunkanstalt des öffentlichen Rechts. Grundsatz der Chancengleichheit der politischen Parteien . . . . .	99
Nr. 17	Beschluß vom 1. Oktober 1957 (1 BvR 92/57). Grundsatz des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG) . . . . .	109
Nr. 18	Beschluß vom 3. Oktober 1957 (1 BvR 194/52). VerfBeschw. gegen Gerichtsurteil. Verletzung des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG durch Strafurteil, das auf ungültigen Rechtsvorschriften beruht . . . . .	111
Nr. 19	Beschluß vom 3. Oktober 1957 (2 BvL 7/56). Gesetz über die Personalvertretungen in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben in Schleswig-Holstein vom 9. Februar 1954. Die Befugnis des Bundes zur Regelung der Personalvertretung im öffentlichen Dienst der Länder ist auf den Erlaß von Rahmenvorschriften beschränkt . . . . .	120
Nr. 20	Beschluß vom 16. Oktober 1957 (1 BvL 13/56, 46/56). Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Dienststrafrechts vom 5. August 1955. Nachträgliche Abberkennung der Rechte aus dem G 131 . . . . .	129
Nr. 21	Beschluß vom 17. Oktober 1957 (1 BvL 1/57). Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein vom 24. Januar 1950. Vorzeitige Abwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters. Besondere hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums i. S. von Art. 33 Abs. 5 GG für den Typus des Beamten auf Zeit . . . . .	155

#### ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

<b>ABIAHK</b>	=	Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland
<b>ABIKR</b>	=	Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats
<b>AGG</b>	=	Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. 12. 1926
<b>AHK</b>	=	Alliierte Hohe Kommission
<b>AöR</b>	=	Archiv des öffentlichen Rechts
<b>BAnz.</b>	=	Bundesanzeiger
<b>BB</b>	=	Der Betriebsberater
<b>BFH</b>	=	Bundesfinanzhof
<b>BGBl.</b>	=	Bundes-Gesetzblatt
<b>BR</b>	=	Bundesrat